

XXIII. GP.-NR

645 IJ

11. April 2007

ANFRAGE

der Abgeordneten Zwerschitz, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend Situation der Bäuerinnen in Österreich

Eine Studie vom Österreichischen Institut für Familienforschung zur „Situation der Bäuerinnen in Österreich 2006“, an der 1.166 Bäuerinnen zwischen 23 und 83 Jahren aus allen Bundesländern teilnahmen, hat die wachsende Betriebsverantwortung der Bäuerinnen (42% der Betriebe sind auf die Bäuerin allein angeschrieben) bestätigt. Innerhalb der Familie jedoch behalten die meisten Bäuerinnen eine typisch weibliche Rolle (88% übernehmen die anfallenden Haushaltstätigkeiten, 77% die Kinderbetreuung und 78% die Pflege kranker Angehöriger zu 78%).

Das traditionelle Bild der Großfamilie am Bauernhof scheint auf vielen Höfen durchaus noch Alltag zu sein: 40% leben mit mindestens einem Schwiegerelternanteil und 28% mit einem Elternanteil zusammen. In 35% lebt die Schwiegermutter am selben Hof. Allerdings wird gerade das Zusammenleben mit den Schwiegereltern von 59% als belastend empfunden.

Als positiv wird die „Naturverbundenheit“ des Berufes bewertet. Unzufriedenheit herrscht hingegen wegen mangelnder Be- und Entlohnung für die geleistete Arbeit, finanzieller Abhängigkeit von den Förderungen und geringer gesellschaftlicher Anerkennungen für die geleistete Arbeit. Kritisch wird von den Bäuerinnen auch die mediale Darstellung (Präsenz und Wahrheitsgehalt) ihrer Situation als Bäuerin gesehen.

Im Regierungsprogramm ist zu lesen: „Bereits auf rund 40 % der österreichischen Höfe sind Frauen als Betriebsführerinnen ausgewiesen, dies erfordert spezielle Aus- und Fortbildungsschwerpunkte. Eine verstärkte Einbindung in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozeß und somit in politische Gremien ist daher von großer Bedeutung. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist ein verstärktes Angebot von Teilzeitbeschäftigung für Kindererziehung, aber auch ein flächendeckendes praxistaugliches Angebot zur Kinderbetreuung notwendig.“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche politischen Schlüsse ziehen Sie aus dem Ergebnis der Studie?
2. Welche politischen Impulse geben Sie zur Schaffung einer partnerschaftlichen und gerechten Arbeitsteilung auf den Bauernhöfen?
3. Welche Maßnahmen ergreifen Sie im Bereich der Agrarpolitik, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass bereits 42% der BetriebsführerInnen Bäuerinnen sind?
4. Durch welche konkreten Maßnahmen stellen Sie sicher, dass der Stellenwert der Bäuerinnen im gesamten Programm Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013 entsprechend berücksichtigt wird (bitte um Angaben der Maßnahmen und der dafür zur Verfügung stehenden Mittel)?
5. Inwiefern wird bei der Investitionsoffensive im Programm Ländliche Entwicklung der Umstand berücksichtigt, dass Frauen – wie in Studien bestätigt - ein anderes Investitionsverhalten wie Männer zeigen (Wettbewerb und Risikoverhalten stehen weniger im Vordergrund, sondern kleinere maßgeschneiderte Investitionen)?
6. Welche frauenspezifischen, konkreten Aus- und Fortbildungsschwerpunkte sollen – wie im Regierungsprogramm angekündigt - gesetzt werden?
7. Welches Angebot für Kinderbetreuung soll – wie im Regierungsprogramm angekündigt - im ländlichen Raum geschaffen werden?
8. Bäuerinnen sind trotz ihrer wichtigen Rolle auf den Bauernhöfen und im ländlichen Raum in agrarpolitischen Entscheidungsgremien drastisch unterrepräsentiert. Durch welche Maßnahmen sollen Bäuerinnen – wie im Regierungsprogramm angekündigt - in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozeß eingebunden werden?
9. Durch welche Maßnahmen werden Sie dazu beizutragen, dass der Arbeit der Bäuerinnen eine gesellschaftlich höhere Anerkennung zukommt und ihre Lebenssituation in der Öffentlichkeit der Realität entsprechend dargestellt wird?
10. Wie viele Frauen sind im BMLFUW in leitenden Positionen (oberste Verwaltungsstellen, Abteilungsleiterinnen)?

